

## **A04 - S 1169203/2020**

Die Bezirksrät:in Mag.a Amela Mirković stellt gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 17. Dezember 2020 folgende



### **ANFRAGE Recht auf Recht**

- Wie war - Ende der Regierung Rot-Grün 2 - der Stand der Vor-Ort-Hilfe „Recht auf Recht“ auf der Wieden?
- Wird es eine Anlaufstelle auf der Wieden geben, die Menschen im Bezirk hilft, ihre Rechtsansprüche im Bedarfsfall auch durchzusetzen?

### **BEGRÜNDUNG**

Die Bezirksvertretung auf der Wieden hat in ihrer Sitzung am 17. Dezember 2015 einen entsprechenden Antrag „Recht auf Recht“ mit den Stimmen von SPÖ, Grünen und NEOS angenommen.

„Recht auf Recht“ sollte eine neue, im rot-grünen Koalitionsübereinkommen verankerte und im FSW (Fonds Soziales Wien) angesiedelte Beratungsinitiative sein, die sicher stellen sollte, dass Menschen niederschwellige, rasche Unterstützung bekommen. Niederschwellig bedeutete auch auf Bezirksebene. Denn viele Betroffene wissen gar nicht, welche Ämter, Behörden oder Stellen überhaupt für die jeweiligen zum Teil sehr komplexen Notlagen zuständig sind.

Die Amtshäuser in den Bezirken kennen alle Menschen. Den Weg dorthin finden sie ohne große Hürden.

Das Recht auf Recht sollte bestehen bleiben, egal welche Farben die Koalitionen in Wien gerade haben.

Für LINKS

Mag.<sup>a</sup> Amela Mirković  
Bezirksrät:in